Stand: 23.02.2026 01:24:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20104

"Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit COM(2021) 780 final BR-Drs. 4/22"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/20104 vom 01.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22616 des KI vom 10.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22788 vom 19.05.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 19.05.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.02.2022 **Drucksache 18/20104**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit
COM(2021) 780 final
BR-Drs. 4/22

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist der Vorschlag für eine Empfehlung des Rates landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Mit dem Vorschlag wird das Ziel verfolgt, die Effektivität der grenzüberschreitenden operativen polizeilichen Zusammenarbeit durch Schaffung gemeinsamer Standards zu verbessern. So sollen die Regelungen zu grenzüberschreitenden Operationen - insbesondere zur Nacheile, zur grenzüberschreitenden Observation, zur gemeinsamen Streife und zu anderen gemeinsamen Einsätzen - klarer und einheitlicher gestaltet werden.

Zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel sollen gemeinsame Streifen und Operationen zielgerichtet durchgeführt werden.

Die Rolle und Zuständigkeiten der Gemeinsamen Zentren sollen ausgeweitet werden.

Der Zugriff von Polizeibeamten in Einsatzsituationen auf Datenbanken und die sichere direkte Kommunikation zwischen Polizeibeamten verschiedener Mitgliedstaaten sollen gewährleistet werden.

Eine bessere Koordinierung grenzüberschreitender Einsätze soll - unterstützt durch die EU-Kommission und Europol - über eine gemeinsame EU-Plattform erfolgen.

Gemeinsame Trainings- und Austauschprogramme sollen ausgeweitet werden.

Aus polizeifachlicher Sicht schaffen die vorgesehenen Standards Handlungssicherheit. Die bereits enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den anderen europäischen Staaten sollte dadurch weiter verbessert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.05.2022 **Drucksache** 18/**22616**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/**20104**

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit
COM(2021) 780 final
BR-Drs. 4/22

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben mit folgender Maßgabe zur Kenntnis:

Die internationale polizeiliche Zusammenarbeit (IPZ) wird bei der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben – sowohl im Einsatzgeschehen als auch bei der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung – zunehmend zu einem erfolgskritischen Faktor. Dies betrifft sowohl die (physische) operative Zusammenarbeit, beispielsweise im grenznahen Raum oder bei grenzüberschreitenden gemeinsamen Einsätzen, wie auch die Arbeit auf der Dienststelle beim Schriftverkehr mit Dienststellen im Ausland und beim Austausch von Informationen über die zur Verfügung stehenden offiziellen Kanäle.

Da Kriminelle großenteils bei bestimmten Deliktsformen, wie beispielsweise der Online-Kriminalität, nahezu ausschließlich grenzüberschreitend operieren, müssen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der EU rasch, effizient und systematisch zusammenarbeiten können.

Die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gestaltet sich jedoch nach wie vor sehr unterschiedlich. Ohne ein ausreichendes Maß an Zusammenarbeit zwischen den Polizeidienststellen in den Mitgliedstaaten werden Kriminelle weiterhin in allen Mitgliedstaaten tätig sein und dabei die verschiedenen nationalen Gerichtsbarkeiten ausnutzen.

Insbesondere Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Lage im Herzen von Europa sowie seiner knapp 3900 km langen Grenze zu den Nachbarstaaten ein besonderes Interesse an einer möglichst reibungslosen und professionellen polizeilichen Zusammenarbeit in operativer Hinsicht.

Vor diesem Hintergrund wird eine Harmonisierung und Vertiefung der grenzüberschreitenden (physischen) polizeilichen Zusammenarbeit, wie in der Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit dargelegt, ausdrücklich begrüßt.

Die in der Ratsempfehlung angesprochenen Bereiche der Zusammenarbeit bilden die wichtigsten Instrumente ab. Die angestrebten Standards würden bei Umsetzung durch die Mitgliedstaaten einen Fortschritt bedeuten, die Zusammenarbeit erleichtern und Ermittlungserfolge unterstützen. Einheitliche Standards wie beispielsweise beim Tragen/Mitführen von Dienstkleidung, bei der Bewaffnung, bei

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

der Ein- sowie Durchreise (Nacheile, Observation) und der Nutzung von Dienstfahrzeugen schaffen Handlungssicherheit und verbessern die bereits enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den anderen europäischen Staaten weiter.

Perspektivisch wird eine rechtliche Verbindlichkeit für sinnvoll gehalten. Es muss allerdings deutlich gemacht werden, dass es sich hier um Mindeststandards der polizeilichen operativen Zusammenarbeit handelt, die jederzeit durch bi- oder multilaterale Verträge oder Vereinbarungen ergänzt werden können. Aktuelle Abkommen und Verträge, so z.B. der Deutsch-Tschechische Polizeivertrag, gehen bereits über die in den Empfehlungen vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus. Die Ratsempfehlung muss daher den Bestand bisher vereinbarter bi- und multilateraler Regelungen wahren, da er andernfalls Rückschritte für die Polizeiarbeit beinhalten würde, die vermieden werden müssen. Daher werden keine Rückschritte gegenüber bestehenden Möglichkeiten unterstützt oder befürwortet. Es muss weiterhin möglich sein, mit bilateralen Polizeiverträgen weitergehende und an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Vereinbarungen treffen zu können.

Die Ratsempfehlung sollte sich nicht auf die grenzüberschreitende Strafverfolgung beschränken, sondern sollte auch die grenzüberschreitende polizeiliche Gefahrenabwehr erleichtern.

Berichterstatter: **Holger Dremel**
Mitberichterstatter: **Stefan Schuster**

II. Bericht:

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat das EU-Vorhaben mitberaten. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben endberaten.
2. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat das EU-Vorhaben in seiner 49. Sitzung am 16.02.2022 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83c Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat das EU-Vorhaben in seiner 51. Sitzung am 16. März 2022 federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat das EU-Vorhaben in seiner 50. Sitzung am 29. März 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: kein Votum
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung

   der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

5. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 53. Sitzung am 10. Mai 2022 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Zustimmung
FDP:	kein Votum

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Manfred Ländner
Stellvertretender Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 19.05.2022 **Drucksache** 18/**22788**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Drs. 18/**20104**, 18/**22616**
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit
COM(2021) 780 final
BR-Drs. 4/22
Drs. 18/**20104**, 18/**22616**

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben mit folgender Maßgabe zur Kenntnis:

Die internationale polizeiliche Zusammenarbeit (IPZ) wird bei der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben – sowohl im Einsatzgeschehen als auch bei der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung – zunehmend zu einem erfolgskritischen Faktor. Dies betrifft sowohl die (physische) operative Zusammenarbeit, beispielsweise im grenznahen Raum oder bei grenzüberschreitenden gemeinsamen Einsätzen, wie auch die Arbeit auf der Dienststelle beim Schriftverkehr mit Dienststellen im Ausland und beim Austausch von Informationen über die zur Verfügung stehenden offiziellen Kanäle.

Da Kriminelle großenteils bei bestimmten Deliktsformen, wie beispielsweise der Online-Kriminalität, nahezu ausschließlich grenzüberschreitend operieren, müssen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der EU rasch, effizient und systematisch zusammenarbeiten können.

Die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gestaltet sich jedoch nach wie vor sehr unterschiedlich. Ohne ein ausreichendes Maß an Zusammenarbeit zwischen den Polizeidienststellen in den Mitgliedstaaten werden Kriminelle weiterhin in allen Mitgliedstaaten tätig sein und dabei die verschiedenen nationalen Gerichtsbarkeiten ausnutzen.

Insbesondere Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Lage im Herzen von Europa sowie seiner knapp 3 900 km langen Grenze zu den Nachbarstaaten ein besonderes Interesse an einer möglichst reibungslosen und professionellen polizeilichen Zusammenarbeit in operativer Hinsicht.

Vor diesem Hintergrund wird eine Harmonisierung und Vertiefung der grenzüberschreitenden (physischen) polizeilichen Zusammenarbeit, wie in der Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit dargelegt, ausdrücklich begrüßt.

Die in der Ratsempfehlung angesprochenen Bereiche der Zusammenarbeit bilden die wichtigsten Instrumente ab. Die angestrebten Standards würden bei Umsetzung durch die Mitgliedstaaten einen Fortschritt bedeuten, die Zusammenarbeit erleichtern und Ermittlungserfolge unterstützen. Einheitliche Standards wie beispielsweise beim Tragen/Mitführen von Dienstkleidung, bei der Bewaffnung, bei der Ein- sowie Durchreise

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Nacheile, Observation) und der Nutzung von Dienstfahrzeugen schaffen Handlungssicherheit und verbessern die bereits enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den anderen europäischen Staaten weiter.

Perspektivisch wird eine rechtliche Verbindlichkeit für sinnvoll gehalten. Es muss allerdings deutlich gemacht werden, dass es sich hier um Mindeststandards der polizeilichen operativen Zusammenarbeit handelt, die jederzeit durch bi- oder multilaterale Verträge oder Vereinbarungen ergänzt werden können. Aktuelle Abkommen und Verträge, so z. B. der Deutsch-Tschechische Polizeivertrag, gehen bereits über die in den Empfehlungen vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus. Die Ratsempfehlung muss daher den Bestand bisher vereinbarter bi- und multilateraler Regelungen wahren, da er andernfalls Rückschritte für die Polizeiarbeit beinhalten würde, die vermieden werden müssen. Daher werden keine Rückschritte gegenüber bestehenden Möglichkeiten unterstützt oder befürwortet. Es muss weiterhin möglich sein, mit bilateralen Polizeiverträgen weitergehende und an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Vereinbarungen treffen zu können.

Die Ratsempfehlung sollte sich nicht auf die grenzüberschreitende Strafverfolgung beschränken, sondern sollte auch die grenzüberschreitende polizeiliche Gefahrenabwehr erleichtern.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestags übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verordnung, eine Verfassungsstreitigkeit, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verordnung, eine Verfassungsstreitigkeit, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verordnung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 12 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Naturschutzgesetzes zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Nationalpark Bayerischer Wald
Drs. 18/21098, 18/22716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. April 2022 (Vf. 4-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bayerischen Versammlungsgesetzes (BayVersG) vom 22. Juli 2008 (GVBl. S. 421, BayRS 2180-4-I), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) geändert worden ist

   PII-G1310.22-0004
   Drs. 18/22709 (G)

   Votum des Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unzulässig und unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

Europaangelegenheiten

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
   Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit
   COM(2021) 780 final
   BR-Drs. 4/22
   Drs. 18/20104, 18/22616 [X]

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben mit der auf Drs. 18/22616 veröffentlichten Maßgabe zur Kenntnis.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	**ohne**

   Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Chemikalienrecht – Überarbeitung der REACH-Verordnung als Beitrag zur Schaffung einer schadstofffreien Umwelt
20.01.2022 - 15.04.2022
Drs. 18/21389, 18/22763 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 18/22763 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	A	Z

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat
Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe
COM(2021) 800 final
BR-Drs. 12/22
Drs. 18/21570, 18/22662 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22662 veröffentlichten Hinweise.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität
COM(2021) 811 final
BR-Drs. 48/22
Drs. 18/21732, 18/22762 (ENTH)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22762 veröffentlichten Hinweise.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

7. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr
Nachhaltiger Verkehr – Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
07.03.2022 - 30.05.2022
Drs. 18/21987, 18/22761 (E)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/22761 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Keine weitere Untersagung der Berufsausbildung- überbetriebliche Lehrlingsausbildung umgehend wieder aufnehmen
Drs. 18/12474, 18/22589

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

   Der Antrag wird für erledigt erklärt.

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bayerische Bauordnung praxistauglich gestalten – Erkenntnisse aus Evaluierung konsequent umsetzen
Drs. 18/19882, 18/22584 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	ENTH	Z

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versprechen endlich einlösen, Bayerisches Gehörlosengeld einführen!
Drs. 18/20555, 18/22558 (A)

    Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch u.a. SPD
Folgestudie von „Covid Kids Bavaria“ zur Omikron-Variante
Drs. 18/20575, 18/22553 (G)

    Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geraubte Kinder und „Zwangsgermanisierte“ als Opfer des Nazi-Regimes anerkennen
Drs. 18/20576, 18/22559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Dunkelfeldstudie zur sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen in kirchlichen Einrichtungen, Pfarreien, Klöstern, Schulen und Kinderheimen in Auftrag geben
Drs. 18/20643, 18/22560 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch u.a. SPD
Langfristige Finanzierung der Regionalen Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern und Öffnung der Beratungsstelle
Drs. 18/21174, 18/22561 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonnenenergie auf staatlichen Gebäuden umfassend nutzen!
Drs. 18/21196, 18/22585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nach der Novelle ist vor der Novelle –
Bayerische Bauordnung (BayBO) nachjustieren
Drs. 18/21204, 18/22586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinder endlich in den Fokus der Politik nehmen:
Öffnungsperspektiven für Kitas vorlegen!
Drs. 18/21300, 18/22562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Landwirtschaft und Wasserstoff gemeinsam denken
Drs. 18/21372, 18/22590 (ENTH)

auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	A

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung BayPsychKHG I – Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit
Drs. 18/21376, 18/22593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung BayPsychKHG II – Niedrigschwellige Verfügbarkeit von Krisenbetten einrichten
Drs. 18/21377, 18/22594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung BayPsychKHG III –
Krisendienste für Kinder und Jugendliche ausbauen
Drs. 18/21378, 18/22595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Berthold Rüth CSU
Stromverbrauch des Internets in Bayern
Drs. 18/21380, 18/22591 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	ENTH	ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt,
Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Damit Kommunen besser gegen leerstehende Schrottimmobilien vorgehen können: Neuregelung in der Bayerischen Bauordnung
Drs. 18/21511, 18/22587 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ralf Stadler u.a. AfD
Bericht zu Fällen von Impfnebenwirkungen wie Myokarditis und Perikarditis, sowie herzbedingten Todesfällen
bei Sportlern nach COVID-19-Impfungen
Drs. 18/21512, 18/22596 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

25. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Bayerische Bürger und Unternehmen vor dramatischer Inflation schützen II: Entlastungspaket sofort
Drs. 18/21548, 18/22550 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

26. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Heimische Energieversorgung sichern I: Laufzeitverlängerung bayerischer Kernkraftwerke
Drs. 18/21549, 18/22564 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Bundeswehr stärken IV: Rüstungsaufträge prioritär an deutsche und bayerische Rüstungsunternehmen vergeben
Drs. 18/21550, 18/22575 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

28. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Heimische Energieversorgung sichern III:
Moratorium für den geplanten Kohleausstieg
Drs. 18/21551, 18/22576 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Impfung ohne vorherige allergologische Untersuchung
Drs. 18/21596, 18/22597 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

30. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheit bewahren:
Genesenennachweis künftig für „mindestens“ 180 Tage ausstellen
Drs. 18/21599, 18/22598 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

31. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheitseinschränkungen künftig verhindern: Gesundheitsämter
besser vernetzen, Echtzeit-Mortalitätsregister etablieren
Drs. 18/21600, 18/22599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

32. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Heimische Wirtschaft nicht überfordern V: Stopp für die bayerischen Klimaschutzziele
Drs. 18/21629, 18/22577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

33. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Auswirkungen auf bayerisch-ukrainische Wirtschaftsbeziehungen VI: Bericht der Staatsregierung
Drs. 18/21630, 18/22578 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

34. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Auswirkungen auf bayerisch-russische Wirtschaftsbeziehungen VII: Bericht der Staatsregierung
Drs. 18/21631, 18/22579 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Spritpreise sofort senken VIII: Steuern auf Benzin und Diesel senken!
Drs. 18/21642, 18/22551 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grüner Krankenhausbau der Zukunft: ökologisch, nachhaltig, klimaneutral
Drs. 18/21656, 18/22600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über das Bayerische Aktionsprogramm Gewässer 2030
Drs. 18/21657, 18/22544 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Stephan Oetzinger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Corona im Justizvollzug – Freigang zur Arbeitsaufnahme schnellstmöglich wiederherstellen
Drs. 18/21690, 18/22582

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

39. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder fortführen
Drs. 18/21691, 18/22563 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,
Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Anerkennung ausländischer Pflegekräfte – Verfahren aus einer Hand
Drs. 18/21730, 18/22601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nasale und Schluckimpfstoffe gegen Corona voranbringen
Drs. 18/21748, 18/22602 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Vorbeugung von Allergien und Unverträglichkeiten am Arbeitsplatz
Drs. 18/21791, 18/22545 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Invasion
Russlands in der Ukraine
Drs. 18/21792, 18/22592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt,
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Einrichtung einer bayernweiten Pflegeplatzbörse
Drs. 18/21793, 18/22603 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst
attraktiver machen – bayerischen Bonus zahlen
Drs. 18/21796, 18/22581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

46. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegekräftemangel im Blick I –
Bericht über die Anerkennungsverfahren in Bayern
Drs. 18/21809, 18/22604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegekräftemangel im Blick II –
Runden Tisch für strukturelle Verbesserungen einsetzen
Drs. 18/21810, 18/22605 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	A	Z

48. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegekräftemangel im Blick III – Zentralisierung der
Anerkennungsprozesse für ausländische Pflegekräfte
Drs. 18/21811, 18/22606 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

49. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller,
Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD
Erarbeitung des „Wassercents“: Landtag, Verbände und Wasserversorger besser einbinden
Drs. 18/21822, 18/22546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

50. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Studie zur klinischen Wirkung von Cannabisinhaltsstoffen auf Bluthochdruck
Drs. 18/21828, 18/22607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	**ohne**	A

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegekräftemangel im Blick IV – Sonderanerkennungsverfahren für geflüchtete ukrainische Pflegefachkräfte
Drs. 18/21892, 18/22608 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	A	Z

52. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Schulversuch „Digitale Schule der Zukunft“ eigenverantwortlich gestalten
Drs. 18/21937, 18/22588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z